



KHD-Obmann Josef Feldner (r.) und Heinz Stritzl (Plattform Kärnten, 2. v. r.) mit Vertretern der deutschsprachigen Kulturvereine in Slowenien

Stiefkinder Sloweniendeutsche

Kärntner Heimatdienst fordert von Bundesregierung endlich Taten

Für die österreichische Bundesregierung scheinen die Belange der autochthonen deutschen Volksgruppe in Slowenien kein Anliegen zu sein. Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) wurde vom Kärntner Heimatdienst (KHD) um finanzielle Hilfe gebeten, aber „vorerst ohne Erfolg“. Deshalb protestiert der erweiterte KHD-Vorstand gegen die inzwischen eingelangte Ablehnung des Hilfsansuchens durch eine Abteilungsleiterin des Ministeriums. Der Heimatdienst hatte um die Finan-

zierung eines hauptberuflichen Sekretärs als Halbtagskraft angesucht. Kostenpunkt: 16.000 Euro jährlich.

Aber dieser Betrag war dem Außenministerium offenbar zu hoch. Denn in der Ablehnung des Ansuchens wurde nur lapidar festgehalten, dass „aufgrund der begrenzten Budgetmittel Basisförderungen an die Volksgruppe nicht möglich sind“.

Keine Rolle scheint zu spielen, dass sich der Europarat bereits 2010 in einer „Empfehlung“ an

Slowenien dafür ausgesprochen hat, den „Vereinigungen der Deutschsprachigen angemessene und ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen“. Und 2012 forderte der Nationalrat einstimmig Slowenien zur offiziellen Anerkennung der deutschen Minderheit in Slowenien auf.

Geschehen ist seitdem wenig. Laibach weigert sich stur, die Restminderheit der deutschen Altösterreicher anzuerkennen. Und die Republik Österreich überlässt die finanzielle Unterstützung der

Landsleute im südlichen Nachbarstaat lieber Privaten. So förderte etwa der KHD allein 2014 die Kulturvereine der deutschen Minderheit in Slowenien mit 24.000 Euro. Zum Vergleich: Österreich fördert die deutschen Kulturvereine mit 16.000 Euro im Jahr, Slowenien mit 12.000 Euro jährlich.

In einer Resolution fordert nun der Kärntner Heimatdienst von der Bundesregierung, dass „den schönen Worten endlich Taten folgen müssen“.

Auch wird die Frage gestellt, „wie ernst Wien die Sorgen der in ihrer Existenz gefährdeten deutschsprachigen Kulturvereine wirklich nimmt?“ Schließlich fordert der Heimatdienst eine Erklärung der Bundesregierung, „dass die Existenzsicherung und Weiterentwicklung der deutschsprachigen Volksgruppe als Friedensbrücke zwischen Österreich und Slowenien im staatlichen Interesse liegt, dass dies gleichermaßen auch von Slowenien erwartet werden und durch die verfassungsrechtliche Anerkennung sowie durch erhöhte staatliche Förderung auch dokumentiert wird“.

RED.